

ecke turmstraße

nr. 1 – feb / märz 2024

Zeitung für das «Lebendige Zentrum» und Sanierungsgebiet Turmstraße. Erscheint sechsmal im Jahr kostenlos.

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung



Ch. Eckelt

WELCHE ECKE?



Moabit hat bekanntlich viele schöne Ecken. Aber wo wurde diese Ecke aufgenommen? Wenn Sie den Ort wissen, schreiben Sie uns die Lösung und vergessen bitte auch nicht Ihre Post-Adresse! Denn unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir wieder einen Büchergutschein der Dorotheenstädtischen Buchhandlung. Schicken Sie uns Ihre Antwort per Post an: Ulrike Steglich c/o Ecke Turmstraße, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin oder per Mail an: ecketurm@gmx.net. Bitte vergessen Sie auch die Absenderadresse nicht! Einsendeschluss ist Montag, der 1. April 2024. Unser letztes Bilderrätsel zeigte das Restaurant Walhalla in der Krefelder Straße, das sich ganz offensichtlich großer Bekanntheit erfreut. Aus der überwältigenden Menge der richtigen Einsendungen haben wir Wolfgang Metzger als Gewinner herausgefischt – herzlichen Glückwunsch! Der Büchergutschein geht Ihnen per Post zu.

Stadtbad Tiergarten wiedereröffnet

Ende Januar öffnete das Stadtbad Tiergarten in der Seydlitzstraße 7 endlich wieder seine Türen. Seit September 2019 wurde es aufwendig saniert und technisch modernisiert. Nun ist das Stadtbad nicht nur hell und freundlich gestaltet, sondern auch barrierefrei. So gibt es zusätzliche Umkleiden und sanitäre Einrichtungen für mobileingeschränkte Personen. Auch taktile Elemente für sehbehinderte Menschen wurden eingebaut. Die Becken haben eigene Wasserkreisläufe erhalten und können jetzt mit verschiedenen Wassertemperaturen betrieben werden, das ist besonders für die Kinder wichtig. Das 50-Meter-Mehrzweckbecken kann in der Mitte auf der ganzen oder halben Beckenbreite durch mobile Wände geteilt werden, sodass 25-Meter-Bahnen entstehen. Das Sprungbecken

mitsamt einer neuen Kletterwand ist eine einzigartige Attraktion der Berliner Hallenbäder. Künftig wird das Bad rund 30 Prozent weniger Energie benötigen, der CO2-Ausstoß pro Jahr reduziert sich um 16 Tonnen. Bezirksstadtrat Benjamin Fritz: »Das Stadtbad Tiergarten ist nicht nur wichtiger Standort für Schulschwimmern und für das Training unserer Vereine. Es ist vor allem für alle Freizeitsportlerinnen und –sportler und für Familien ein lang vermisster Ort für Freizeit, Sport und Erholung.« Nach wie vor geplant ist die Erweiterung des Angebots des Stadtbades Tiergarten durch den Bau eines Außenbeckens. Die Traglufthalle im Kombibad Seestraße im Wedding bleibt übrigens weiterhin in Betrieb. Sie wurde als Ausgleich für das geschlossene Bad errichtet.

Die nächste Ausgabe

der Ecke Turmstraße erscheint Mitte April.

INHALT

Seite 3 *Neuwahl der Stadtteilvertretung Turmstraße*

Seite 4 *Nachrichten*

Seite 5 *Informationen zur Wahl der Stadtteilvertretung*

Seite 6/7 *Die amtierende Stadtteilvertretung zieht Bilanz*

Seite 8 *Parklets*

Seite 9 *Moabit-Kultur*

Seite 10 *Leserumfrage*

Aus dem Bezirk Mitte:

- Seite 11 *Tempo 50 statt Tempo 30*
- Seite 12 / 13 *Zentren ohne Einzelhandel?*
- Seite 14 *Grundsatzurteil zu Ferienwohnungen*

Seite 15 *Adressen + Gebietskarte*

Seite 16 *Eckensteher*

IMPRESSUM

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse:

»Ecke Turmstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin
Tel (030) 283 31 27, ecketurm@gmx.net

Fotoredaktion:

Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Entwurf und Gestaltung:

capa, Anke Fesel, www.capadesign.de

Druck: Möller Pro Media

V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Ecken im Web

Sämtliche Ausgaben der »Ecke Turmstraße« sind als PDF archiviert und abrufbar unter: www.turmstrasse.de/team/stadtteilzeitung

Elektronischer Versand

Sie möchten auf elektronischem Weg die aktuelle Zeitung als PDF erhalten? Schreiben Sie uns eine kurze E-Mail, und wir nehmen Sie in unseren Mail-Verteiler auf: eckemueller@gmx.net

Machen Sie mit?

Neuwahl der Stadtteilvertretung Turmstraße

Im April wird im Sanierungs- und Fördergebiet Turmstraße eine neue Stadtteilvertretung (StV) gewählt. Dafür braucht es Menschen, die bereit sind, aktiv zu werden und sich für ihr Gebiet zu engagieren. Kandidieren können alle, die etwas in Moabit bewegen wollen: egal, welchen Alters, Geschlechts, Bildungsgrades, welcher Herkunft, Staatsbürgerschaft oder Tätigkeit! Wichtig ist nur, dass Sie über 16 Jahre alt sind, einen unmittelbaren Bezug zum Gebiet haben und für Ihren Kiez aktiv werden möchten.

Das Gebiet rund um die Turmstraße ist seit 2008 ein Fördergebiet im Bund-Länder-Programm »Lebendige Zentren« und seit 2011 auch Sanierungsgebiet. Hier werden über einen Zeitraum von ca. 15 Jahren gezielt Fördermittel in die öffentliche Infrastruktur investiert und das Baugesetzbuch sieht vor, dass die Bürgerinnen und Bürger das Recht auf Information und Beteiligung bei wichtigen Maßnahmen haben. Das hat gute Gründe: Zum einen wissen die Menschen, die in einem solchen Gebiet wohnen, selbst sehr gut, wo es Handlungs- und Verbesserungsbedarf in »ihrem« Kiez gibt. Schließlich sollen die Maßnahmen in erster Linie zur Verbesserung ihres Umfelds beitragen. Zum anderen sind Entwicklungsmaßnahmen umso erfolgreicher, je mehr Akzeptanz sie bei der Gebietsbevölkerung haben und je mehr sie in die Prozesse miteinbezogen werden. Deshalb werden in Sanierungsgebieten Stadtteilvertretungen gewählt, die die Interessen und Anliegen der Bürger-



innen und Bürger gegenüber der Politik und Verwaltung vertreten. Um der Vielfalt der Gebietsbevölkerung mit ihren unterschiedlichen Interessen gerecht zu werden, sollte die Stadtteilvertretung eine möglichst breite Mischung verkörpern: ob Mieter, Nutzer, Eigentümer, Gewerbetreibende, Vertreter von Bürgerinitiativen, Kirchengemeinden und anderen Institutionen; Menschen unterschiedlichen Alters, Geschlechts und unterschiedlicher Herkunft.

In der Turmstraße wird seit 2011 turnusmäßig alle zwei bis drei Jahre eine neue Stadtteilvertretung demokratisch gewählt. Die Stadtteilvertretung ist ein wichtiges Gremium der Mitbestimmung: Sie greift aktuelle Fragen und Probleme auf und trägt Vorschläge, Anliegen und Ideen an Politik und Verwaltung heran, mit deren Vertreterinnen und Vertretern sie regelmäßig und konkret im Austausch steht. Sie ist ein beratendes Gremium bei der Planung und Gestaltung des Moabiter Zentrums und sorgt dafür, dass dabei Kompetenz und Bedürfnisse der Gebietsbevölkerung berücksichtigt werden. Umgekehrt bezieht sie die Moabiterinnen und Moabiter aktiv ein und informiert über die Planungen und aktuell anstehenden Themen und Vorhaben im Gebiet.

Politischer Akteur auf lokaler Ebene

Darüber hinaus kann die Stadtteilvertretung auch als politischer Akteur auf lokaler Ebene wirken: zum Beispiel durch Präsenz in Ausschüssen der Bezirksverordnetenversammlung, durch schriftliche Stellungnahmen oder durch eigene Veranstaltungen. Sie kann Bezirkspolitikerinnen und -politiker oder lokale Abgeordnete des Berliner Abgeordnetenhauses einladen und ihnen ihre Positionen und Anliegen darlegen. Die Stadtteilvertretung kann eigenständig Veranstaltungen durchführen und verfügt über einen kleinen Etat, aus dem die anfallenden Kosten erstattet werden. Sie wird dabei von der Prozesssteuerung des Sanierungsgebietes organisatorisch unterstützt. Die derzeit noch amtierende Stadtteilvertretung Turmstraße hat sich mit ihren unterschiedlichen Arbeitsgruppen trotz aller pandemiebedingten Schwierigkeiten kompetent und engagiert in die Entwicklungsprozesse der letzten Jahre eingebracht. (Die Bilanz der Stadtteilvertretung über ihre Arbeit und Erfahrungen in den letzten drei Jahren finden Sie auf den Seiten 6/7). Nun geht es in die letzte Etappe des Sanierungsgebiets, das 2026 aufgehoben werden soll. Doch bis dahin ist noch viel zu tun. Und auch darüber hinaus wird das Engagement von Moabiterinnen und Moabitern notwendig sein, damit der Stadtteil lebenswert bleibt. Die Frage ist also auch, inwieweit es gelingen kann, über die zeitliche Begrenzung des Sanierungsgebiets hinaus lokale Netzwerke zu entwickeln und zu stärken. Mehr Informationen zur StV, zum Wahlablauf und zur Kandidatur finden Sie in dieser Zeitung auf den Seiten 5–7.

Weitere Informationen rund um das Sanierungs- und Fördergebiet Turmstraße, zu den Wahlen bzw. zur Stadtteilvertretung Turmstraße finden sie auf www.turmstrasse.de oder auf dem Instagram-Account [lebendiges.zentrum.turmstrasse](https://www.instagram.com/lebendiges.zentrum.turmstrasse)



Rundum erneuerter Spielplatz

Die Einweihung soll mit einem Fest am 4. Mai gefeiert werden

Lange mussten die Anwohner und vor allem die Kinder darauf warten, doch nun ist der rundumerneuerte Spielplatz Elberfelder / Essener Straße endlich so gut wie fertig. Zum »Tag der Städtebauförderung«, der in diesem Jahr auf den 4. Mai fällt, soll er dann auch ganz offiziell mit einem Fest eröffnet werden, zu dem alle Moabiterinnen und Moabiter herzlich eingeladen sind. Auf der Platzfläche wurden Spielgeräte mit inklusivem Charakter installiert, so dass Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam spielen können. Eine modulare Spielwand bietet allen Kindern einen ebenerdig zugänglichen Spielbereich. Der Bau einer Rampe neben der Spielwand ermöglicht Kindern im Rollstuhl einen Zugang von der Essener Straße zur Plattform »Kindertreff«. Im zentralen Platzbereich entsteht eine Banklandschaft mit Sitzgelegenheiten für Erwachsene und Kinder. Außerdem gibt es einen Sandspielbereich mit Kleinkinderspielangebot. Bei der Planung des Spielplatzes wurden sowohl die Wünsche und Anregungen von Kindern und Jugendlichen der Umgebung als auch die der erwachsenen Anwohner erfragt und miteinbezogen.

27. Februar: Stadtteilplenum Moabit

Das Februar-Stadtteilplenum widmet sich den Medien in Moabit. Wie erfährt man, was in Moabit los ist? Wer sind die Kommunikatoren und wie verbreiten sie ihre Ideen in Moabit? Wie kann das Informationsangebot in Moabit verbessert werden? Geplant sind ein Forum mit den Kiezreporterinnen und -reportern (auch die »Ecke Turmstraße« wird dort sein), die Vorstellung von Best-Practice-Beispielen an und eine gemeinsame Diskussion. Di. 27.02.24 von 19 bis 21 Uhr, REFO-Gemeinde Moabit; Wiclefstraße 32 Das Stadtteilplenum wird von den Quartiersmanagements Moabit-Ost und Beusselstraße (West), den Stadtteilkordinationen Ost und West sowie wichtigen Akteuren im Kiez organisiert.

Zahnärztlicher Gesundheitsdienst jetzt in der Turmstraße 21

Nach erfolgreichem Umbau und Renovierung des Erdgeschosses im Haus M auf dem GSZM-Areal (Turmstraße 21) wurde der Zahnärztliche Dienst (ZÄD) des Gesundheitsamtes Mitte wieder eröffnet. Der Dienst kümmert sich um die Gesundheitsförderung und die Prävention von Zahnschäden und Kieferfehlstellungen bei Kindern und Jugendlichen. Für Bezirksstadtrat Ephraim Gothe ist die Fertigstellung der Räumlichkeiten »ein wichtiges Etappenziel bei der Verankerung des Gesundheitsamtes Mitte im Gesundheits- und Sozialzentrum in Moabit (GSZM)«. Das Gesundheitsamt musste im Winter 2018/2019 sein Stammhaus an der Reinickendorfer Straße wegen Schimmelbefalls aufgeben. Mit Hilfe der Berliner Immobilien Management GmbH (BIM) konnten nun eine Teilansiedlung des Gesundheitsamtes im GSZM umgesetzt und ein Renovierungskonzept für das ganze Haus M in der Turmstraße 21 entwickelt werden.

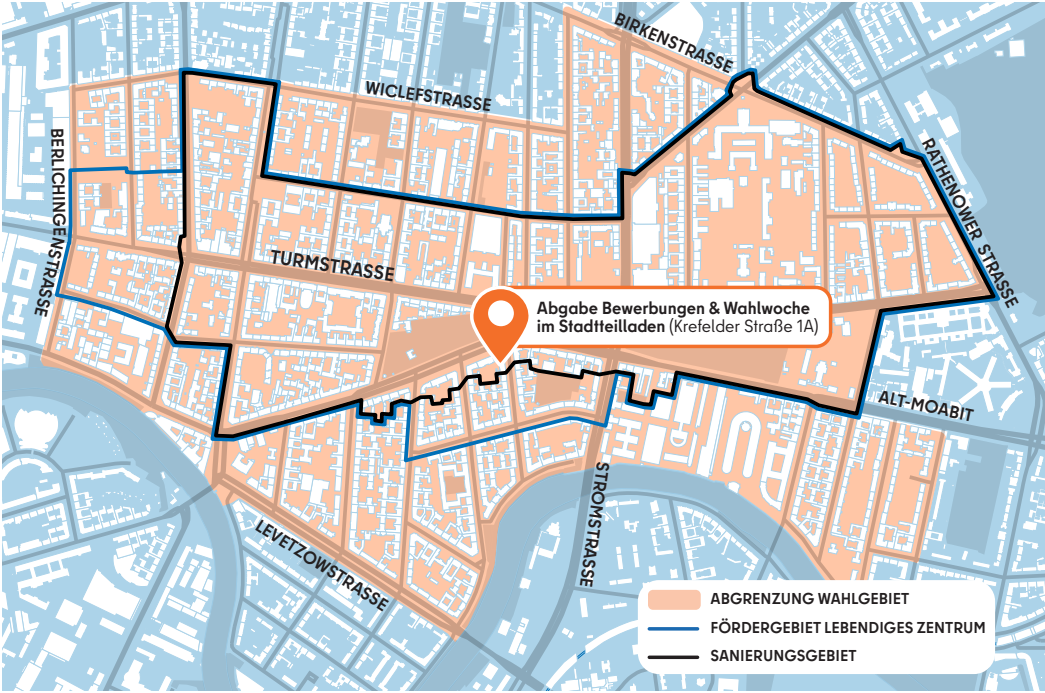
6. März: Kiezesgespräch mit Bezirksstadtrat Ephraim Gothe

Am 6. März um 18 Uhr findet das Moabiter Kiezesgespräch mit dem Stadtrat für Stadtentwicklung Ephraim Gothe im Zille-Haus statt. Der Bezirksstadtrat lädt die Nachbarschaft zum Austausch über aktuelle Themen ein und beantwortet Ihre Fragen. Um Anmeldung wird gebeten: per Mail an stk-moabit-ost@berlin.de

»Sie waren Nachbarn e.V.« gründet Freundeskreis

Der Moabiter Verein »Sie waren Nachbarn e.V.« hat einen Freundeskreis gegründet, um allen interessierten Menschen die Möglichkeit zu geben, sich über die Arbeit des Vereins und aktuelle Aktionen zu informieren und auch ab und an selbst aktiv zu werden. Der Verein widmet sich der Erinnerung an die von den Nazis verfolgten und ermordeten jüdischen Berlinerinnen und Berliner. Nachdem eine Ausstellung des Vereins in der Glasvitrine vor dem Rathaus Tiergarten Ende letzten Jahres durch einen Brandanschlag verwüstet worden war, hatte der Verein die Ausstellung im Dezember wieder aufgebaut und dabei viel Solidarität erfahren. Im Januar richtete das Bezirksamt Mitte in der Vitrine eine eigene Ausstellung ein, die Statements aus Politik, Gesellschaft und religiösen Gemeinden in Reaktion auf den Anschlag präsentieren. Vor allem sind dort Solidaritätserklärungen ausgestellt. Es sei, so die Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger, »nur eine kleine Auswahl, der vielen Bekundungen, die uns erreicht haben«. Die Ausstellung ist noch bis Ende Februar zu sehen.

Kontakt: www.siewarennachbarn.de, mail@siewarennachbarn.de



Kandidatenaufruf für die neue Stadtteilvertretung

Bewerben Sie sich bis zum 4. April!

Was erwartet mich in einer Stadtteilvertretung [StV]?

Die Mitglieder der StV beteiligen sich in beratender Form an der Planung und Umgestaltung des Moabiter Zentrums. Sie werden in einem demokratischen Verfahren für einen Zeitraum von drei Jahren gewählt. Die StV wählt dann wiederum aus ihrem Kreis Sprecherinnen und Sprecher, die beispielsweise am monatlich tagenden Sanierungsbeirat teilnehmen. Der Sanierungsbeirat ist das wichtigste Gremium für die Kommunikation mit der Verwaltung, dort werden alle aktuellen Vorhaben im Gebiet mit den Planungsbeteiligten diskutiert. Die Stadtteilvertretung trifft sich außerdem monatlich in ihrem Plenum und arbeitet selbstständig in Arbeitsgruppen (AGs), z.B. zu Themen wie Mobilität, Grün und öffentlicher Raum, Bildung und Kultur, Bauen und Wohnen. Dabei sollten Sie auch bereit sein, etwas Zeit in die ehrenamtliche StV-Arbeit zu investieren (ca. 6–10 Stunden monatlich). Machen Sie mit und informieren Sie auch Ihre Nachbarinnen und Nachbarn über diese Möglichkeit! Bringen Sie Ihr Wissen ein, Ihre Kompetenz, Ihre Ideen und Anregungen, wenn es darum geht, das Gebiet lebens- und lebenswerter zu gestalten! Wer sich vorher lieber mal direkt ansehen möchte, wie eine Stadtteilvertretung arbeitet, ist herzlich zum letzten öffentlichen Plenum der amtierenden StV eingeladen: am 27. März ab 19 Uhr im Stadtteilladen, Krefelder Straße 1A.

Wer kann für die Stadtteilvertretung kandidieren?

Kandidieren können alle, die über 16 Jahre alt sind und einen nachweisbaren Bezug zum Wahlgebiet (siehe Abbildung) haben: Sei es, dass Sie im Wahlgebiet wohnen, arbeiten, eine Immobilie besitzen, ein Gewerbe betreiben oder auch in einem Verein oder einer Initiative aktiv sind. Als Nachweis werden akzeptiert: entweder der Ausweis oder eine Meldebescheinigung, ein Arbeitsvertrag bzw. Tätigkeitsnachweis, ein Grundbuchauszug oder ein Nachweis der jeweiligen ehrenamtlichen Tätigkeit. Die deutsche Staatsangehörigkeit ist ausdrücklich NICHT erforderlich! Bitte bewerben Sie sich auch, wenn Sie nicht-deutscher Herkunft sind oder keinen deutschen Pass besitzen! Schließlich geht es darum, dass die Stadtteilvertretung auch die Vielfalt der im Gebiet Lebenden abbilden soll und unterschiedliche Interessengruppen sich darin spiegeln sollen. Die Mitgliederzahl der StV ist auf 25 Personen begrenzt. Die Legislaturperiode läuft bis Ende 2026. Das Anmeldeformular für eine Kandidatur finden Sie auf den Faltblättern, die derzeit in alle Hausbriefkästen im Wahlgebiet verteilt werden, sowie auf der Gebietswebsite www.turmstrasse.de. Wenn Sie kandidieren möchten, füllen Sie bitte das Formular aus und geben Sie es zusammen mit dem Gebietsnachweis im Stadtteilladen, Krefelder Straße 1A ab. Sie können beides auch per Post oder Mail schicken: an den Stadtteilladen / KoSP GmbH, Krefelder Straße 1a, 10555 Berlin bzw. turmstrasse@kosp-berlin.de Anmeldeschluss für die Kandidatur ist der 4. April 2024. Die eigentliche Wahl findet dann vom 18. bis 24. April statt, mehr dazu auf S. 7.



Vor den Neuwahlen

Die Stadtteilvertretung Turmstraße zieht Bilanz

Im November 2021 konstituierten wir uns als neu gewählte Stadtteilvertretung – in einer Zeit also, in der die Corona-Pandemie immer noch ein wichtiges Thema war. Unsere Sitzungen wurden daher anfangs zum allergrößten Teil als Videokonferenzen durchgeführt, was das wichtige Kennenlernen und den Austausch untereinander stark verzögerte bzw. erschwerte. Dennoch bildeten sich relativ schnell Arbeitsgruppen, die von der vorangegangenen StV übernommene Beschlüsse weiterverfolgten und neue Themen aufgriffen.

Unsere Themen

AG Mobilität

Dabei gehörten wie in den Vorjahren die größte Zahl an Themen in den Bereich der Mobilität:

- Trambastelle in Rathenower und Turmstraße
- unzureichende Pläne der Senatsverwaltung für die Verlängerung der Tram zum Bahnhof Jungfernheide
- fehlende Querungshilfen und fußgängerunfreundliche Ampelschaltungen an Turmstraße und Alt-Moabit
- fehlende Radwege in der Beusselstraße,

- die wegen vieler geschützter Einrichtungen (Kitas, das Spielhaus und Spielplätze im Ottopark) notwendige Temporeduzierung auf der Straße Alt-Moabit
- die seit Jahren geforderte Sanierung der Jugendverkehrsschule Moabit, für die nun immerhin Planungsmittel zur Verfügung stehen
- die Umgestaltung der Lübecker Straße.

AG Bildung & Kultur

Im Bereich Bildung und Kultur setzten wir unsere Bemühungen um die Errichtung einer neuen Mittelpunktbibliothek als Ersatz für die Bruno-Lösche-Bibliothek mit Briefaktionen und Gesprächen fort.

Die Sanierungsmaßnahme im Brüder-Grimm-Haus behielten wir ebenfalls im Blick und haben Kontakte zu Beteiligten aufgebaut. Allerdings ist dort, wie in vielen anderen Feldern, während der gesamten Amtszeit nichts passiert. Nah an den aktuellen Entwicklungen dran waren wir beim Otto-Spielplatz, dessen 50jähriges Jubiläum 2023 gefeiert wurde. Die Einrichtung der sogenannten Kulturmanege für Kultur- und Kleinkunstveranstaltungen für alle Altersgruppen auf dem Spielplatzgelände wird von der StV befürwortet. Deren Realisierung fällt hoffentlich in die Amtszeit der kommenden StV.

AG Grün und öffentlicher Raum

Die AG engagierte sich für die Anliegen, die die Straßen und Plätze in Moabit ansehnlicher und lebenswerter machen sollen. Unter anderem wurde die Möglichkeit zur Einrichtung von Parklets und Schankvorgärten publik gemacht. Außerdem wurden die Planungen für das Areal des Gesundheits- und Sozialzentrums Moabit (GSZM) durch die Stadtteilvertreter der AG begleitet. Mit Interesse wurden außerdem einige der schönen Projekte beobachtet, die in unserem Kiez umgesetzt werden. So hat ein Stadtteilvertreter an den Workshops zur Pflanzung eines Tiny Forests auf dem Gelände des Zentrums für Kultur und Urbanistik an der Siemensstraße teilgenommen.

Unser »Handwerk«

Konkret bestand unsere Arbeit darin, unsere Beschlüsse, Anregungen und Forderungen per Brief, Mail oder im direkten Gespräch an die zuständigen Stellen weiterzuleiten. Pressemitteilungen und Flugblätter wurden erstellt, um bei Gelegenheit (z. B. auf dem jährlichen Moabiter Kiezfest vor dem Rathaus oder dem Sozialen Kiezfest im Schulteiß-Quartier) mit den Anwohnenden und anderen Interessierten darüber ins Gespräch zu kommen und weitere Anregungen aufzunehmen. Gegenüber den Sanierungsbeteiligten, im Ausschuss Soziale Stadt und im Mobilitätsrat Mitte berichteten wir regelmäßig über unsere Arbeit und Anliegen. Positiv gestaltete sich auch die Zusammenarbeit mit unseren Bezirksverordneten und den direkt gewählten Vertretern im Abgeordnetenhaus. Erfreulich häufig konnten wir auf die Unterstützung des Straßen- und Grünflächenamts sowie des Stadtentwicklungsamts zählen, deren Stadträt:innen mit uns »an einem Strang« zogen.

Schönste Erfolge

Sehr froh sind wir darüber, dass Ende 2022 durchgehend Tempo 30 in Alt-Moabit angeordnet wurde und dass 2024

der Radweg in der Beusselstraße eingerichtet wird. Während der Tram-Baumaßnahmen stellten wir Kontakte zur BVG und den zuständigen Stellen im Bezirksamt her und wiesen in gemeinsamen Begehungen mit den Verantwortlichen auf gravierende Mängel der Verkehrsführung für den Fuß- und Radverkehr hin, die in der Folge nicht alle, aber zumindest teilweise abgestellt wurden.

Bitterste Misserfolge

Trotz großer fachlicher Expertise v. a. durch externe AG-Mitglieder, trotz sehr zeitintensiver Bemühungen und Rückenwind aus dem Bezirk und von allen Sanierungsbeteiligten gelang es bisher nicht, die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt dazu zu bewegen, das Modell der Stadtteilvertretung Turmstraße in die Auswahl der geprüften Varianten für die Verlängerung der Tramstrecke Richtung Jungfernheide aufzunehmen. Es empört auch viele, dass trotz anders lautender Planfeststellung für den Fuß- und Radverkehr keine Überwege über die Turmstraße nahe Thusnelda-Allee gebaut wurden. Eine umfassende Sanierung der Jugendverkehrsschule in der Bremer Straße ist kurzfristig nicht in Sicht. Und trotz ebenfalls sehr intensiver Bemühungen und Unterstützung aus dem Bezirk ist mit einem Baubeginn für die Mittelpunktbibliothek nicht vor 2033 zu rechnen. Insgesamt ist es doch frustrierend, dass im Rahmen des Sanierungsgebiets viel geplant wird (Lübecker Straße, Nahraum Bremer Straße, Brüder-Grimm-Haus, Jugendverkehrsschule) am Ende aber vieles aus Personal- oder inzwischen Etatmangel nicht realisiert wird. Und die nächsten Jahre lassen da nichts Gutes erwarten, zumal das Sanierungsgebiet 2026 ausläuft.

Fazit

Es gibt noch viel zu tun! Von der manchmal empfundenen Ohnmacht darf man sich nicht entmutigen lassen. Wichtige Aufgabe der StV ist es, Themen immer wieder in die öffentliche und politische Wahrnehmung zu rücken, damit sie nicht plötzlich unerledigt von der Agenda verschwinden. Auf alle Fälle kann mensch in der StV viele nette und engagierte Nachbar:innen kennenlernen.

Wahl der neuen Stadtteilvertretung

Der Ablauf

Ab Ende Februar wird überall im Wahlgebiet ein Faltblatt zur Wahl verteilt. Es beinhaltet ausführliche Informationen zur Wahl, zum Ablauf sowie einen Abschnitt zum Ausfüllen für jene, die für die STV kandidieren möchten. Bis zum 4. April können die ausgefüllten Kandidatenzettel samt Gebietsnachweis abgegeben oder eingeschickt werden: entweder im Stadtheilladen Krefelder Straße 1a (auch per Briefkasteneinwurf), oder per Mail an turmstrasse@kosp-berlin.de. Wer sich zuvor noch ein konkreteres Bild von einer Stadtteilvertretung machen möchte, kann an der

letzten öffentlichen Sitzung der noch amtierenden StV am 27. März ab 19 Uhr im Stadtheilladen teilnehmen.

Ab dem 5. April werden die Kandidierenden dann u.a. auf der Website www.turmstrasse.de, als Aushang im Stadtheilladen und auch in der nächsten Ausgabe dieser Zeitung vorgestellt. Am 18. April haben Sie außerdem auf einer öffentlichen Veranstaltung die Gelegenheit, die Kandidatinnen und Kandidaten persönlich kennenzulernen (die Teilnahme an der Veranstaltung ist für die Kandidatinnen und Kandidaten jedoch nicht verpflichtend). Die Veranstaltung findet am 18. April von 18 bis 20 Uhr im ehemaligen BVV-Saal im Rathaus Tiergarten statt. Damit startet zugleich die Wahlwoche, Sie können direkt vor Ort Ihre Stimme abgeben. Vom 19. bis 24. April findet dann die Wahlwoche im Stadtheilladen (Krefelder Straße 1A) statt. Hier können Sie Ihre favorisierten Kandidatinnen und Kandidaten in geheimer Stimmabgabe wählen. Denken Sie daran, den Gebietsnachweis mitzubringen (z.B. Ausweisdokument, Grundbucheintrag, Arbeitsvertrag, Nachweis der ehrenamtlichen Tätigkeit)!

Gewählt werden kann am Freitag, dem 19. April von 9 bis 17 Uhr, Samstag 9 bis 13 Uhr, Montag & Dienstag 14 bis 20 Uhr, Mittwoch (24. April) 9 bis 15 Uhr.

Stimmberechtigt bei der Wahl sind alle, die über 16 Jahre alt sind und einen nachweisbaren Bezug zum Wahlgebiet haben: Anwohner/-innen, Eigentümer/-innen, Gewerbetreibende, Vertreter/-innen aus Einrichtungen, Vereinen und Institutionen im Wahlgebiet. Es ist dabei egal, welche Staatsangehörigkeit Sie besitzen – ein deutscher Pass ist nicht erforderlich.

Die Stimmen werden am 24. April ab 15 Uhr ausgezählt und das Ergebnis u.a. auf www.turmstrasse.de und als Aushang im Stadtheilladen veröffentlicht. Am 14. Mai tritt dann die neue Stadtteilvertretung zu ihrer ersten konstituierenden Sitzung zusammen. Hier lernen Sie auch die Planungsbe-

us



Ein Parklet für die Krefelder Straße

Bedenken und Zustimmung bei Anwohnerinnen und Anwohnern

Seit einigen Jahren tauchen sie häufiger im Straßenbild auf, beispielsweise im Wedding, aber auch in Moabit, etwa in der Lübecker oder in der Stephanstraße: Hochbeet-ähnliche Holzkonstruktionen, die in der Regel von Anwohnern aufgebaut und begrünt werden. Es gibt sie in mehreren Varianten: Als Modul mit Sitzbänken dienen sie auch als Treffpunkt, als Modul nur mit Bepflanzung sind sie einfach eine kleine grüne Oase. Sie sind gerade mal so groß wie ein Parkplatz (5 Meter lang) und werden an der Fahrbahn platziert.

Die Rede ist von Parklets, und es ist kein Zufall, dass sie gerade während der Pandemie populär wurden, als der Wert öffentlichen Raums für die Menschen so deutlich wie selten zuvor zutage trat. Deshalb unterstützt das Bezirksamt Mitte auch die Einrichtung solcher grünen Inseln. Denn sie können autolastige Straßen etwas grüner und freundlicher gestalten, tragen durch die Bepflanzung zur Verbesserung des Mikroklimas bei und fördern, wenn sie von Anwohnern gemeinsam aufgebaut, bepflanzt und gepflegt werden, auch den Zusammenhalt in Nachbarschaften. Gleichzeitig sind sie nicht zu verwechseln mit Schankvorgärten vor Cafés oder Restaurants: denn Parklets dürfen ausdrücklich weder gewerblich noch privat genutzt werden.

Aus all diesen Gründen entwickelten das Büro KoSP als Prozesssteuerer im Sanierungsgebiet und die AG Grün der Stadtteilvertretung Turmstraße die Idee, direkt vor dem Stadtteilladen in der Krefelder Str. 1A gemeinsam mit der Nachbarschaft ein Parklet aufzubauen. Das KoSP hatte deshalb Ende November zu einem Workshop eingeladen, um die Idee gemeinsam zu diskutieren. Doch womöglich lag es am Termin so kurz vor Weihnachten oder daran, dass sich viele unmittelbare Anwohner nicht direkt angesprochen fühlten: Jedenfalls kamen zum Workshop nur wenige – und einige von ihnen wollten vor allem Kritik, Bedenken und Einwände äußern. Es entspann sich eine äußerst kontroverse Debatte, bei der u.a. deutlich wurde, dass es massive Bedenken gegen Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum (also die Bankvariante der Parklets) gab: Befürchtet wurden abendlicher Lärm, Vermüllung und die Inbesitznahme durch Alkohol- und Drogenkonsumierende.

Aber sehen andere das auch so? Um zu erfahren, wie repräsentativ diese Bedenken und die teilweise ablehnende Haltung sind und ob sie mehrheitlich von den unmittelbaren Anwohnerinnen und Anwohnern geteilt wird, führte das KoSP an einem frühen Dienstagabend im Januar in der Krefelder Straße eine Passantenbefragung durch. Von 73 angesprochenen Personen waren 28 zu einem kürzeren Gespräch bereit. (Die ausführliche Dokumentation sowohl des Workshops als auch der Passantenbefragung kann man auf der Gebietswebsite www.turmstrasse.de nachlesen.) Das Ergebnis der Befragung: Die deutliche Mehrheit (22 von 28) befürwortet und unterstützt das Projekt, 11 der Befragten würden auch aktiv dabei helfen. Während die Parklet-Variante mit Bänken ein eher gemischtes Feedback hatte (einerseits werden Sitzgelegenheiten vor allem für ältere Menschen im öffentlichen Raum begrüßt, andererseits wird u.a. abendlicher Lärm befürchtet), befürworten die meisten das zusätzliche Grün in der Straße. Als sehr wichtig wird aber auch die Pflege des Parklets und der Bepflanzung angesehen.

Das Büro KoSP und die Stadtteilvertretung Turmstraße fühlen sich durch diese Umfrage ermutigt, das Projekt eines Parklets gemeinsam mit Anwohnern weiter zu verfolgen. Auch das bezirkliche Straßen- und Grünflächenamt unterstützt das Vorhaben und erteilt eine Genehmigung. Nun sollen interessierte Anwohner und Gewerbetreibende zu einem zweiten Workshop zu Bau und Bepflanzung des Parklets eingeladen werden. Voraussichtlich findet er am 13. April im Stadtteilladen statt. Der genaue Termin wird rechtzeitig über Aushänge und Einladungen vor Ort bekanntgegeben. Interessierte sind herzlich zum Mitmachen eingeladen. Kontakt: turmstrasse@kosp-berlin.de us



Zwischen Licht und Materie

Neue Ausstellung in der Galerie Nord

Im Jahr 2024 wird der Kunstverein Tiergarten 20 Jahre alt. Er nimmt dies zum Anlass, zurückzublicken und weiter nach vorn zu schauen sowie das Phänomen Zeit als Jahresthema zu wählen. Die vier Ausstellungen und die Jubiläumsausstellung umkreisen grundlegende Fragen rund um die Themen Zeit und Zeitlichkeit, Nachhaltigkeit und Zukunftsvisionen. Den Auftakt macht die aktuelle Ausstellung »Zwischen Licht und Materie – Vom Erscheinen und Verschwinden«. Sechs Künstlerinnen und Künstler erforschen die künstlerische Darstellung, Vermessung, Aufzeichnung und Reflexion von Zeit. Wie wird Zeit als Prozess, im Material oder im Bild sichtbar?

»Zwischen Licht und Materie«, Gruppenausstellung mit Arbeiten von Albert Coers, Lukas Grundmann, Petra Karadimas, Ute Lindner, Karen Stuke, Albert Weis, Galerie Nord, Turmstraße 75, zu sehen bis 30. März

22. März: Kinocafé in der Zunftwirtschaft

»Kino für Moabit« setzt im März seine Filmreihe zur Schauspielerin Ruth Leuwerik fort, die in diesem April 100 Jahre alt geworden wäre. Im »Kinocafé« in der Zunftwirtschaft (Arminiushalle) wird am Freitag, dem 22. März Helmut Käutners Film »DIE ROTE« (BRD/IT 1962) mit Ruth Leuwerik präsentiert, eines der weitgehend unbekannten Meisterwerke des deutschen Nachkriegskinos. Leuwerik spielt darin neben Gert Fröbe, Harry Meyen u.a. Sie verkörpert eine Dolmetscherin, die ihren Mann und ihren Liebhaber verlässt und nach Venedig reist, mit dem Ziel, eine neue Existenz aufzubauen. Dort wird sie von einem britischen Ex-Spion, der sich an einem untergetauchten SS-Mann rächen will, um Unterstützung gebeten und gerät in eine gefährliche Lage.

Als Gesprächsgast wird Nils Warnecke, Kurator der Deutschen Kinemathek erwartet.

Beginn: 16 Uhr, Einlass ab 15.30 Uhr, Zunftwirtschaft, Arminiusstraße 2–4. Eintritt: 4 Euro, es gibt selbstgebackenen Kuchen & Kaffee auf Spendenbasis. Zeitiges Erscheinen wird empfohlen, da nach Beginn der Veranstaltung kein Einlass mehr möglich ist.

Der »Freche Spatz« kann aufatmen ...

... und mit ihm viele andere Einrichtungen und freie Träger der Jugend- und Familienhilfe in Mitte: Die in den vergangenen Wochen befürchteten und von lautstarken Protesten begleiteten Schließungen von Jugendklubs sowie Freizeit- und Senioreneinrichtungen im Bezirk sind nun vom Tisch.

Den Einrichtungen hätten massive Kürzungen gedroht, denn die Senatsfinanzverwaltung forderte vom Bezirksamt Mitte die Einsparung von mehr als 13 Millionen Euro, verweigerte den Bezirken aber zugleich die Möglichkeit, diese Einsparungen durch nicht in Anspruch genommene Personalmittel im Bezirkshaushalt zu erbringen. Da an den Pflichtausgaben der Bezirke (u. a. Wohngeld, Grundsicherung und weitere Transferleistungen), die den allergrößten Teil der Bezirksetats ausmachen, nicht gekürzt werden kann, bliebe nur ein sehr kleiner Teil an sogenannten »freiwilligen Ausgaben«, wo überhaupt gekürzt werden könnte – und das sind u.a. die Zuwendungen an die freien Träger im Kinder-, Jugend- und Familienbereich. Dort hätten die Forderungen des Senats zu drastischen Einsparungen und zwangsweise zur Schließung von Einrichtungen geführt. Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger und Jugendstadtrat Christoph Keller konnten jedoch in Verhandlungen mit dem Finanzsenator erreichen, dass ein Großteil der Einsparungen aus Investitionsmitteln erbracht werden darf, die absehbar nicht in Bauvorhaben fließen werden. Die dann noch verbleibende Kürzungssumme wird auf alle Geschäftsbereiche der Verwaltung umgelegt. Die Bezirksbürgermeisterin: »Das harte Ringen auf Landesebene und unser gemeinschaftlicher Protest haben sich gelohnt.« Jugendstadtrat Christoph Keller sagte: »Damit ist die Grundversorgung für junge Menschen und Familien im Bezirk Mitte gesichert. Was Schließungen bedeutet hätten, ist vielen Politikerinnen und Politikern in den vergangenen Tagen und Wochen vielleicht erst so richtig bewusst worden.« Beide dankten allen Einrichtungen, die in den letzten Wochen zahlreiche Protestveranstaltungen organisiert hatten, für »Ihre Unterstützung, Ihr Mitkämpfen und Ihr Engagement an einer Stelle, an der wir als Bezirk nicht alleine weitergekommen wären!« us

Wie finden Sie die »Ecke Turmstraße«?

Liebe Leserinnen und Leser,

unser Vertrag mit dem Auftraggeber sieht auch eine Evaluierung unserer Arbeit nach einem bestimmten Zeitraum vor – also eine Überprüfung der Wirksamkeit der Zeitung. Erreichen wir unsere Adressaten? Erfüllen wir das, was Sie von einem Informationsmedium im Gebiet erwarten? Wie können wir unsere Arbeit noch verbessern? Hierbei können Sie uns behilflich sein! Und zwar, indem Sie sich an unserer Leserbefragung beteiligen – es sind nur wenige Fragen zu beantworten!

Unter allen Teilnehmern verlosen wir drei kultige Turmstraßen-Kaffeepötte!
Einsendeschluss ist der 20. März 2024.
Bitte senden Sie den ausgefüllten Fragebogen an:
Ecke Turmstraße c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin.
Der Fragebogen kann auch per Mail an die Adresse ecketurm@gmx.net geschickt werden.
Die Fragebögen können selbstverständlich auch anonym geschickt werden, nehmen dann aber nicht an der Verlosung der Preise teil. Sämtliche Angaben werden vertraulich und nach Datenschutzrichtlinien behandelt.

Vielen Dank für Ihre Teilnahme!

Fühlen sie sich durch die Ecke gut über das Geschehen im Fördergebiet Turmstraße informiert?
(bitte Zutreffendes ankreuzen)

- ☐ sehr gut
☐ weniger gut
☐ gar nicht

Gefallen Ihnen die Gestaltung der Ecke und die Fotos?

- ☐ sehr gut
☐ weniger gut
☐ gar nicht

Ist es für Sie einfach, die aktuelle Ausgabe zu erhalten?

- ☐ sehr
☐ weniger
☐ gar nicht

Wo finden sie die Zeitung normalerweise?
(Mehrfachnennungen möglich!)

- ☐ Laden / Geschäft
☐ öffentliche Einrichtung / Stadteylladen
☐ über Nachbarn
☐ im Internet
☐ im Briefkasten

Welche Themen interessieren Sie am meisten?
(Mehrfachnennungen möglich!)

- ☐ Aktuelles aus dem Kiez
☐ Bauen und Wohnen
☐ Verkehr, Klimaschutz und öffentliche Räume
☐ Historisches
☐ Porträts / Menschen / Gewerbe
☐ Bürgerbeteiligung
☐ Kultur / Veranstaltungen

Mit welchen Themen sollte sich die Ecke Turmstraße künftig mehr beschäftigen?

Haben Sie noch weitere Anregungen oder Kritik an der Zeitung?

- ☐ Ich wäre damit einverstanden, wenn diese Kritik in der Zeitung als Lesermeinung veröffentlicht wird und zwar unter folgender Namensnennung:

- ☐ Ich möchte nicht, dass diese Kritik in der Zeitung veröffentlicht wird.

Zuletzt ein paar kurze Fragen zu Ihrer Person:

Leben Sie im Gebiet rund um die Turmstraße?

- ☐ Ja – Wenn ja, wie lange schon? _____ Jahre
☐ Nein

Wie alt sind Sie? _____ Jahre

Ich bin

- ☐ eine Frau
☐ ein Mann
☐ divers



Tempo 30 weitgehend aufgehoben

In vielen Hauptverkehrsstraßen darf wieder gerast werden

In vielen Hauptverkehrsstraßen im Berlin wurde in den letzten Jahren die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 30 reduziert. Die meisten Anwohner finden das gut und fühlen sich dadurch sicherer, wie Umfragen aufzeigen. Und Messungen beweisen: Es wird durch Tempo 30 leiser und die Luft wird besser.

Doch das soll jetzt größtenteils wieder rückgängig gemacht werden – in der Turmstraße zum Beispiel, in Alt-Moabit und an vielen Straßen im historischen Zentrum. Selbst durch die enge Brückenstraße soll wieder gerast werden dürfen. Die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU) begründet das mit der verbesserten Luftqualität. »Die Berlinerinnen und Berliner können durchatmen – die Luftqualität in Berlin hat sich in den letzten fünf Jahren deutlich verbessert«, so heißt es in einer Presseerklärung zum neuen »Luftreinhalteplan«. Deshalb könne in 34 von 41 Abschnitten von Hauptverkehrsstraßen Tempo 30 wieder aufgehoben werden. Für die Luftreinhaltung sei sie nicht mehr erforderlich. »Nur wenn die Verkehrssicherheit es hergibt, nur wenn keine Schule, Kita oder Pflegeeinrichtung im Weg liegt, wird es wieder Tempo 30 heißen«, so lässt sich die zuständige Senatorin Dr. Manja Schreiner (CDU) zitieren.

Eine Verkehrssenatorin der Grünen hätte sich vermutlich mehr Zeit genommen und den Rückgang der Schadstoffe als Erfolg von Tempo 30 dargestellt. Aber vermutlich wäre auch sie irgendwann dazu gezwungen gewesen, die Geschwindigkeitsbeschränkung in vielen Straßen wieder aufzuheben – denn die geltende Gesetzeslage verlangt das so: Sie lässt Tempo 30 auf innerörtlichen Hauptverkehrsstraßen nur in gut definierten Ausnahmefällen zu, etwa wenn komplexe Luftreinhalte- oder Lärmaktionspläne ausgear-

beitet sind. Das ist mit viel bürokratischem Aufwand verbunden, weil diese ständig aktualisiert werden müssen. Unmittelbar vor Schulen, Kitas und Pflegeeinrichtungen gilt wiederum Tempo 30. Hier ist die Beschilderungsdichte hoch, denn »im Weg« liegen ja immer nur kleine Abschnitte. Zu weitergehenden Einschränkungen hat sich das von der FDP geführte Bundesverkehrsministerium bisher leider nicht durchringen können. Denkbar wäre es zum Beispiel, es den demokratisch gewählten Kommunalparlamenten freizustellen, Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen völlig unbürokratisch überall da einzuführen, wo sie es für sinnvoll halten. Man könnte aber auch neue Ausnahmen definieren, in hoch verdichteten Wohngebieten etwa oder dort, wo besonders viele Passanten unterwegs sind wie in Geschäftsstraßen oder in von stark von Touristen besuchten Bereichen.

Auch die Sicherheit von besonders schutzbedürftigen Verkehrsteilnehmern müsste eigentlich stärker berücksichtigt werden. So gibt es auch in Mitte immer noch zahlreiche Hauptverkehrsstraßen mit gar keinen oder nur unzureichenden Radverkehrsanlagen. De geltende Straßenverkehrsordnung verbannt dort bereits elfjährige Kinder auf die Fahrbahn, wenn sie mit dem Rad unterwegs sind. Ob Frau Schreiner ihren eigenen Kindern dort das Radfahren erlaubt, wenn ständig LKW mit Tempo 50 an ihnen vorbei donnern?

Auf diesen Hauptstraßen(abschnitten) im Bezirk Mitte soll wieder Tempo 50 gelten:

Wedding / Gesundbrunnen

- Luxemburger Straße von Genter Straße bis Müllerstraße
- Scharnweberstraße von Kapweg bis Afrikanische Straße

Moabit

- Alt-Moabit von Gotzkowskystraße bis Beusselstraße
- Turmstraße von Stromstraße bis Beusselstraße
- Stromstraße von Bugenhagenstraße bis Turmstraße
- Mitte-alt
- Brückenstraße von Köpenicker Straße bis Holzmarktstraße
- Dorotheenstraße von Wilhelmstraße bis Friedrich-Ebert-Platz
- Friedrichstraße von Unter den Linden bis Dorotheenstraße
- Invalidenstraße von Alexanderufer bis Scharnhorststraße
- Leipziger Straße von Leipziger Platz (Ost) bis Charlottenstraße
- Potsdamer Straße von Potsdamer Platz bis Kleistpark
- Reinhardtstraße von Charitéstraße bis Kapelle-Ufer
- Torstraße von Prenzlauer Allee bis Chausseestraße
- Wilhelmstraße von Unter den Linden bis Dorotheenstraße

In diesen Straßen bleibt das Tempo aufgrund der nach wie vor mangelhaften Luftqualität reduziert:

- Badstraße von Behmstraße bis Exerzierstraße
- Müllerstraße von Seestraße bis Antonstraße



Stadtteilzentren ohne Shopping?

Die unaufhaltsame Erosion der Einkaufsstraßen schwächt den sozialen Zusammenhalt

Unsere Einkaufsstraßen verlieren immer mehr an Bedeutung. Davon zeugt unter anderem die dritte Insolvenz des letzten übriggebliebenen deutschen Warenhauskonzerns »Galeria Karstadt Kaufhof« innerhalb von nur drei Jahren. Aber wenn die Geschäftsstraße Auslaufmodell ist, was wird dann aus unseren Stadtteilzentren?

Historisch gewachsen Zentren mit großem Einkaufsangebot

In Berlin gibt es eine Hierarchie von Zentren, die traditionell in erster Linie über den jeweiligen Bestand an Einzelhandelsflächen definiert ist. Im »Stadtentwicklungsplan Zentren 2030« (StEP Zentren) ganz oben stehen die »Zentrumsbereichskerne« wie z. B. rund um den Alexanderplatz, die mehr als 100.000 Quadratmeter Handelsfläche umfassen – also mehr als zwei »Alexas« oder mehr als 18 große Kaufland-Märkte wie die Neue Müllerhalle im Wedding. »Hauptzentren« wie das Gebiet um die Müllerstraße umfassen dagegen 50.000 bis 100.000 qm Einzelhandelsfläche; Stadtteilzentren wie Turm- oder Badstraße sollen 10.000–50.000 qm bieten. Dann folgen die Ortsteilzentren mit 5.000–10.000 qm (in Mitte nur »Potsdamer Straße Nord«) und schließlich Nahversorgungszentren wie am Hansaplatz, am Nettelbeckplatz oder am Heinrich-Heine-Platz mit unter 5.000 Quadratmetern. Diese Zentren sind historisch gewachsen und haben sich im 20. Jahrhundert immer stärker über den Einzelhandel definiert. Sie boten sozusagen die Schaufenster des Wirt-

schaftswunders, in Berlin zusätzlich aufgeladen durch die systemische Konkurrenz der beiden Stadthälften. Das wirkte auch auf die Stadtteilzentren: Je mehr Möglichkeiten zum Shoppen sie boten, desto mehr trugen sie zum Lokalstolz bei. Die Identität der Stadtteile beruhte zu einem guten Teil auf diesem Angebot: Je mehr »Butter-Lindner« oder Budapester Schuhe, desto »besser« der Stadtteil – so könnte die Faustregel im Westteil der Stadt lauten.

Geschäftsstraßen doppelt unter Druck

Um die Milleniumswende herum verschob sich das jedoch. In den 1990er Jahren öffneten die ersten Shopping-Center und machten den gewachsenen Geschäftsstraßen Konkurrenz, in Berlin gibt es knapp 70 davon. Viele sind aber inzwischen selbst unter Druck und kämpfen mit hohem Leerstand. Denn ihnen macht wiederum der Online-Handel heftige Konkurrenz, der deutschlandweit seit Mitte der 2010er Jahre um gut 10% im Jahr wächst, während der Pandemie sogar doppelt so schnell. Inzwischen hat sich das Tempo verlangsamt: einerseits, weil die rasante Entwicklung während der Pandemie kompensiert wird und andererseits, weil die Inflation den Kunden die Kaufkraft raubt. Dem traditionellen »räumlich gebundenen Einzelhandel« aber raubt der Onlinehandel Marktanteile, vor allem in »zentrenrelevanten Sortimenten«, wie sie im »StEP Zentren« genannt werden: Textilien und Schuhe zum Beispiel oder Elektrogeräte und Unterhaltungsmedien. Und das betrifft den Handel in den Shopping-Centern genauso wie den in den Geschäftsstraßen.

Dienstleistung statt Handel

Doch anders als in den Centern herrscht in den Straßen – zumindest im Bezirk Mitte – kaum Leerstand. Auf dem meisten ehemaligen Handelsflächen werden nämlich inzwischen Dienstleistungen angeboten. Im früheren »Hertie« in der Turmstraße zum Beispiel residieren inzwischen ein großes Fitnessstudio und ein Service-Center der AOK Nordost. Auch im ehemaligen C&A in der Müllerstraße hat sich ein Fitness-Center im Obergeschoss eingerichtet und im leerstehenden »Schillerpark-Center« interessiert sich ein Kampfsport-Zentrum für die riesigen Räume des ehemaligen real-Supermarktes. Anbieter von Dienstleistungen ersetzen also zunehmend den Einzelhandel. Selbst große Geschäftsräume mit enormer Raamtiefe finden neue Nutzungen, obwohl die Möglichkeiten wegen fehlenden Tageslichts stark eingeschränkt sind. Dabei sind die neuen Mieter offenbar auch bereit, die hohen Gewerbemieten zu zahlen, mit denen die Immobilienwirtschaft in diesen Lagen kalkuliert. Denn die Dienstleister profitieren von der guten Anbindung der Zentren an den öffentlichen Nahverkehr. Und diese Anbindung wird vor allem in der Innenstadt immer wichtiger, weil hier immer mehr Menschen auf einen privaten PKW verzichten.

Zentren schaffen Identität und fördern Integration

Allerdings wirken sich Fitness- und Sportstudios oder Filialen von Krankenkassen natürlich anders auf die Zentren

aus als der großflächige Einzelhandel von früher. Sie generieren zwar ihrerseits Laufkundschaft, bieten aber den Kunden anderer Einrichtungen keinerlei Reiz, sie ungezielt anzusteuern wie beispielsweise ein Schuhgeschäft während einer Shopping-Tour. Wenn die Dichte des Warenangebots zurückgeht, verliert die traditionelle Geschäftsstraße aber nicht nur an Anreiz für den Einkaufsbummel, sondern das Zentrum insgesamt an Anziehungskraft. Und wenn sich dort immer weniger Leute begegnen, dann schwindet die Identifikationskraft des Stadtteils. In der Berliner Innenstadt, wo ja Menschen aus unterschiedlichsten Kulturräumen und sozialen Schichten zusammenkommen, sind solche zentralen Orte aber besonders wichtig, denn sie dienen der Integration. Hier hat man die Gelegenheit, seinen Stadtteil in seiner lebendigen Vielfaltigkeit wahrzunehmen – und sich eine lokale Identität etwa als »Weddinger« oder »Moabiterin« anzueignen. Und die ist inklusiv: Weil man im Stadtteilzentrum eben nicht so einfach drumherumkommt, auch die Anderen und Fremden wahrzunehmen, die man während der Arbeit oder bei der persönlichen Freizeitgestaltung oft gar nicht zu Gesicht bekommt. Für den sozialen Zusammenhalt in der europäischen Stadt sind lebendige Zentren essentiell.

Die Grenzen der Förderstrategie

»Wenn die Menschen den öffentlichen Raum nutzen, fördert das den sozialen Zusammenhalt. Das Leben, das sich hier abspielt, ist entscheidend für die soziale Gesundheit einer Gesellschaft.« Dieses Bekenntnis des dänischen Architekten Jan Gehl ist inzwischen zur Grundüberzeugung einer ganzen Generation von Stadtplanern und -innen geworden. Auch in den Gebieten, in denen Stadterneuerung stattfindet, soll deshalb in erster Linie die Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raums aufgewertet werden, in den alten »Aktiven Zentren« Müllerstraße und Turmstraße genauso wie etwa im neuen Sanierungsgebiet um die Bad- und Pankstraße. Das Brunnenviertel und (zusammen mit dem Bezirk Tempelhof-Schönefeld) der Bereich um die Potsdamer Straße sollen demnächst hinzukommen. Auch die Nördliche Luisenstadt, die einst dem Denkmalschutz-



programm zugeordnet war, ist inzwischen aus dem Bund Länder-Programm »Lebendige Zentren und Quartiere« (LZQ) gefördert. Allerdings zeigen die Turm- und die Müllerstraße auch die Grenzen dieser Strategie auf: Gegen die Erosion des Einzelhandels wirken der aufgewertete Kleine Tiergarten oder der neu belebte Zeppelinplatz nämlich nicht. Zweifellos profitieren die umliegenden Quartiere, aber an die frühere Anziehungskraft der Geschäftsstraße knüpfen trotz all des Aufwands heute weder das Stadtteilzentrum Turmstraße noch das Hauptzentrum Müllerstraße auch nur annähernd an. Daran ändern auch ein neues Bibliotheksgebäude oder ein Kultur- und Bildungszentrum wenig: C&A in der Müllerstraße oder Hertie in der Turmstraße ersetzen sie nicht als Anreiz zum Stadtteilbummel. Zumal direkt im öffentlichen Raum der Geschäftsstraßen nur wenig zur Steigerung der Aufenthaltsqualität passierte. Insbesondere fehlt es hier nach wie vor an Fläche für die zu Fuß Gehenden und an attraktiven Bereichen für die Außengastronomie. In Kopenhagen, so erfährt man in einem Interview, das Jan Gehl dem Schweizer Online-Magazin »Republik« im Sommer 2022 gab, werden die Bürgersteige heutzutage nicht mehr auf beiden Straßenseiten symmetrisch angelegt, sondern auf der von der Nachmittagssonne bevorzugten Seite deutlich breiter. Das stärkt im Frühjahr und Herbst den Anreiz, den öffentlichen Raum zu besetzen und sich hier aufzuhalten. Kopenhagen gilt als eine der lebenswertesten Städte der Welt. Von solchen Erfolgen ist Berlin noch weit entfernt.

Neue Leitbilder erforderlich

Um echte Perspektiven für die Stadtteilzentren zu entwickeln, kommt man an der Entwicklung neuer Leitbilder vermutlich nicht vorbei. Dabei müsste es auch ein Ziel sein, den übergeordneten Verkehr möglichst um sie herum zu leiten – wie es in den meisten Städten mit einem klar dominierenden Stadtzentrum ja meist schon der Fall ist. In Berlin findet man ein gutes Beispiel im Bezirk mit dem stärksten Lokalpatriotismus, in Spandau. Debattiert wird derzeit vor allem über das historische Zentrum, etwa über die Friedrichstraße, deren Sperrung für den Autoverkehr ja im letzten Wahlkampf zum Streitthema wurde. Die Gegend um die Friedrichstraße zählt zwar offiziell als »Zentrumsbereichskern«, hat aber kaum noch eine Funktion als Einkaufsstraße. Die in den 1990er Jahren geradezu enthusiastisch gefeierten Luxus-Malls der Quartiers 205 und 206 stehen weitgehend leer oder werden von einer Privatklinik genutzt, im Quartier 207 ziehen die Galeries Lafayette zu Jahresende aus. Jetzt soll eine verkehrliche und städtebauliche Gesamtplanung für die historische Mitte erarbeitet werden. Ob die uns einen Schritt weiterbringt?

cs

Grundsatzurteil zu Ferienwohnungen

Erfolg für das Bezirksamt Mitte nach jahrelangem Rechtsstreit

Vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg (OVG) hat das Bezirksamt Mitte einen wichtigen Erfolg im Kampf um Wohnraum errungen. Das OVG fällte ein Grundsatzurteil, wonach sich Vermieter nicht auf Bestandsschutz berufen können, wenn sie Apartments schon vor Inkrafttreten des Zweckentfremdungsverbots 2014 an Touristen vermietet haben.

Damit ist nach über neun Jahren Rechtsstreit endlich Rechtsklarheit geschaffen, um illegale Ferienwohnungen wieder in dringend benötigte Mietwohnungen umzuwandeln. Grundsätzlich stellt das Urteil klar, dass nun auch rückwirkend Eigentümer belangt werden können, die Wohnraum bereits vor 2014 in Ferienwohnungen umgewandelt hatten und sich bislang auf verfassungs- und baurechtlichen Bestands- und Vertrauensschutz beriefen. Der Bestandsschutz des Zweckentfremdungsverbotsgesetzes bezieht sich jedoch in erster Linie auf Nutzungen wie Anwaltsbüros oder Arztpraxen, die dauerhaft genehmigt werden können.

Im konkreten Fall ging es um ein Apartmenthaus mit 37 Wohnungen, für das die Eigentümerin ein sogenanntes Negativ-Attest vom Bezirksamt Mitte eingefordert hatte, das bestätigen sollte, dass keine Zweckentfremdung im Sinne des am 1. Mai 2014 in Berlin in Kraft getretenen Zweckentfremdungsverbotsrechts (ZwVbG) vorliegt. Das Bezirksamt Mitte hingegen war der Auffassung, dass es sich bei den Apartments um Wohnungen handele, die als schützenswerter Wohnraum unter das Zweckentfremdungsverbot fielen, und lehnte die Erteilung eines Negativ-Attestes ab. Eine Nutzung als Ferienapartment bedürfe nach Ablauf der gesetzlichen Übergangsfrist einer Genehmigung durch das Bezirksamt. Nachdem das Verwaltungsgericht Berlin die Klage der Eigentümerin im August 2016 abgewiesen hatte, ging diese vor dem OVG in Berufung. Das legte aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken den Fall im April 2017 dem Bundesverfassungsgericht vor, welches die Vorlage schließlich als unzulässig zurückwies – im April 2022. Nach Wiederaufnahme des Verfahrens entschied das OVG Berlin-Brandenburg Ende September 2023 nun zugunsten des Bezirksamtes. Das entsprechende Grundsatzurteil wurde erst jetzt veröffentlicht. (Aktenzeichen: OVG 5 B 5 / 22)

Das OVG stellte klar, dass die Nutzung als Ferienwohnung bereits vor Inkrafttreten des Zweckentfremdungsverbotsgesetzes 2014 baurechtlich unzulässig war, da es sich um eine gewerbliche Nutzung in einem allgemeinen Wohngebiet handele. Auch könne sich die Klägerin nicht auf einen dauerhaften Bestandsschutz berufen. Das Gericht stellte

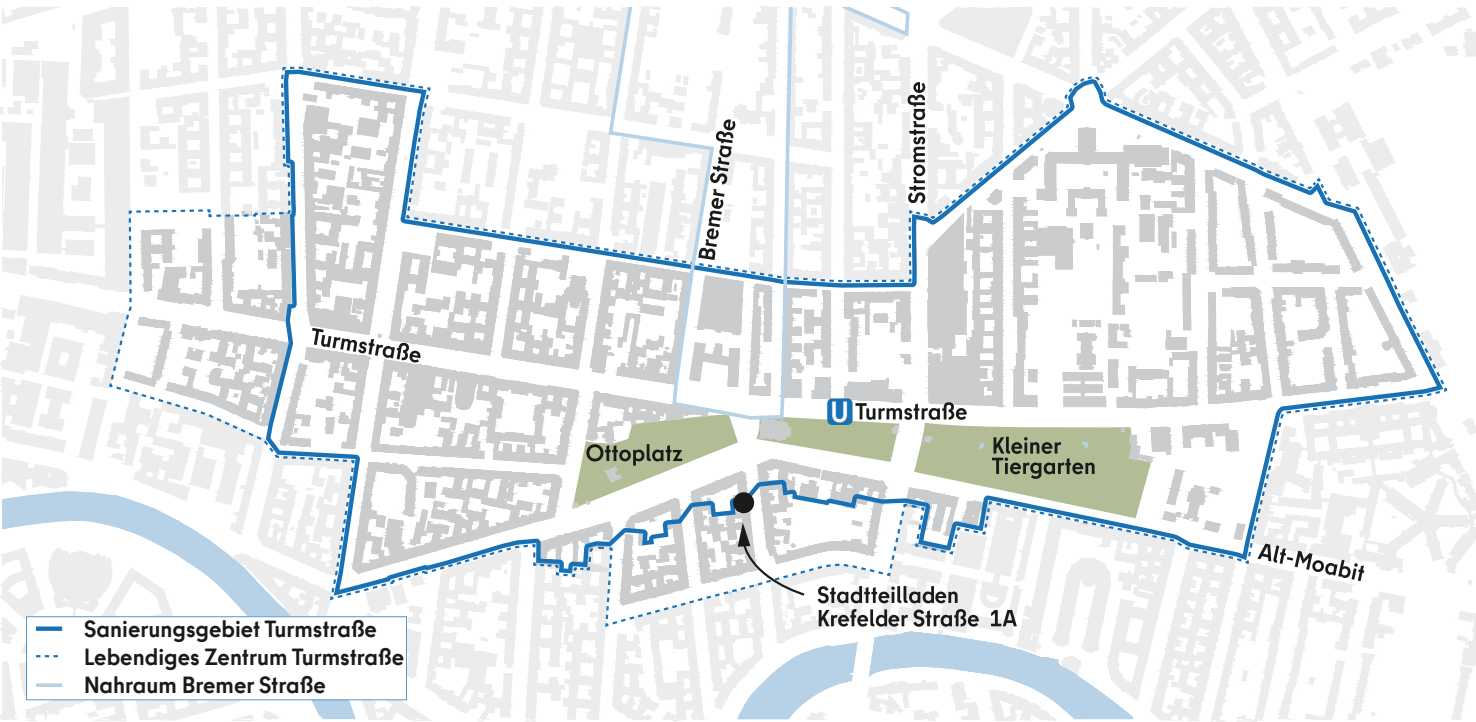
fest, dass Wohnen und die Vermietung als Ferienwohnung zwei eigenständige genehmigungspflichtige Nutzungsarten seien.

Das 2014 in Kraft getretene Zweckentfremdungsverbotsgesetz ist nach Ansicht des OVG angesichts der Wohnraum-mangellage auch für solche Fälle eine taugliche Grundlage. Es verstößt nicht gegen die im Grundgesetz verbriefte Freiheit des Eigentums, die Berufsfreiheit oder das allgemeine Vertrauensschutzgebot.

Das Urteil ist zwar noch nicht rechtskräftig, weil gegen die Nichtzulassung der Revision noch Beschwerde eingelegt werden könne, sagte ein Gerichtssprecher. Für den Bezirk Mitte sei dies dennoch ein entscheidendes Urteil, sagte Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger. Denn in Mitte geht es um viel mehr als nur diesen einen Fall: Seit Inkrafttreten des Zweckentfremdungsverbots seien etwa 1700 Ferienwohnungen im Bezirk gemeldet worden, deren Vermieter sich auf den Bestandsschutz berufen hätten, so Remlinger. Um das Gericht nicht mit Fällen zu fluten, habe man diese bis zur Urteilsverkündung des aktuellen Prozesses allerdings ruhen lassen.

Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger: »Es ist gut, dass das OVG für Klarheit gesorgt hat. Mit dem Urteil hat das Gericht uns als Bezirk das Handwerkszeug gegeben, eines der drängendsten sozialen Probleme unserer Stadt zu bekämpfen: den Mangel an Wohnraum. Sowohl das Baurecht und das Zweckentfremdungsverbot versetzen uns nun endlich in die Lage, die illegale Vermietung von Wohnungen auch rückwirkend zu bekämpfen und dringend benötigten Wohnraum für die reguläre Vermietung zurückzugewinnen.«

Berlinweit könnte das mehrere zehntausend Wohnungen betreffen.



Aktuelle Informationen zum Gebiet finden Sie auch auf www.turmstrasse.de und zur Entwicklung von Moabit auf www.moabitonline.de

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung und Facility Management: Ephraim Gothe

Müllerstraße 146 / 147, 13353 Berlin
(030) 9018-446 00
ephrain.gothe@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleiter (komm.): Herr Giebel,
Zimmer 106, (030) 9018-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: Di und Do 9–12 Uhr,
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiterin: Mandy Adam
(030) 9018-457 27

Lebendiges Zentrum und Sanierungsgebiet Turmstraße
Zimmer 180 / 181
Annett Postler (030) 9018-454 36
annett.postler@ba-mitte.berlin.de
Dirk Kaden (030) 9018-458 22
dirk.kaden@ba-mitte.berlin.de

Prozesssteuerung
Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
Franziska Kind (030) 33 00 28 48
turmstrasse@kosp-berlin.de
Sprechstunden: Do 15.30–18 Uhr
im Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a,
(030) 23 94 53 39
www.kosp-berlin.de
www.turmstrasse.de

Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße
die raumplaner
Di 15–18 Uhr, Do 9–11 Uhr im Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a, (030) 23 93 85 08
gsm@turmstrasse.de
www.turmstrasse.de

Quartiersmanagement Beusselstraße

Rostocker Straße 35, 10553 Berlin
(030) 39 90 71 95
qm-moabit@stern-berlin.de
www.moabitwest.de

Quartiersmanagement Moabit-Ost

Wilsnacker Straße 34, 10559 Berlin
(030) 93 49 22 25
team@moabit-ost.de
www.moabit-ost.de

Mieterberatung
für die Bewohner der Milieuschutzgebiete Waldstraße und Birkenstraße sowie des Sanierungsgebiets Turmstraße
Sprechzeiten: Mo 16–18 Uhr im Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a,
Telefonische Beratung Do 10–13 Uhr
(030) 44 33 81 23
www.mieterberatungpb.de
team-moabit@mieterberatungpb.de



ECKENSTEHER

Salon-Kommunisten

Es gibt keine Wohnungsnot in Berlin. Wenn es überhaupt ein Problem gibt, dann besteht es darin, dass die Wohnungen einfach zu billig sind. Zu diesem doch ein wenig verblüffenden Ergebnis kommt jedenfalls der »Bund der Steuerzahler«, nachdem er die Statistiken von 1992 und von 2022 studiert und dann knallhart gerechnet hat. Das Ergebnis präsentierte er einem Beitrag vom 13. November letzten Jahres.

Dort erfahren wir, dass es Ende 1992 in Berlin »1,73 Mio. Wohnungen mit insgesamt 117,32 Mio. Quadratmetern Wohnfläche« gab: »Die durchschnittliche Wohnfläche belief sich damals auf 67,7 Quadratmeter je Wohnung und 33,9 Quadratmeter je Einwohner.« Ende 2022 war dann »die Anzahl der Wohnungen (...) um 16,2 Prozent, die gesamte Wohnfläche sogar um 25,6 Prozent gestiegen. Im gleichen Zeitraum war die Bevölkerung Berlins (...) dennoch nur um 11,3 Prozent gewachsen.« Dagegen sei die Anzahl der Einwohner je Wohnung »nur geringfügig geschrumpft«: von »knapp zwei Einwohnern« 1992 auf »nur noch gut 1,9 Einwohner« 2022.

Ergo: »Die Wohnungen sind im Durchschnitt größer geworden, haben mehr Zimmer, werden aber von durchschnittlich weniger Menschen pro Wohnungen bewohnt«, empört sich der Bund der Steuerzahler: »Im Bundesdurchschnitt macht sich ein Einwohner auf über 47 Quadratmetern breit. Im urbanen Berlin sind es immerhin noch über 39 Quadratmeter pro Person.« Daraus folgert der Bund messerscharf: »Dass die Nachfrage nach Wohnraum dennoch das Angebot übersteigt, ist ein Hinweis darauf, dass entweder der Markt zu unflexibel funktioniert oder (...) die Mieten im Bestand zu niedrig

sind, um zu einem Ausgleich von Angebot und Nachfrage zu führen. Es ist davon auszugehen, dass beides zutrifft (...)«.

Also: Wo ist der Fehler in der Rechnung? Er liegt im kleinen Wörtchen »durchschnittlich«. Oder, wie der erfahrene Statistiker so sagt: »Der Teich war im Durchschnitt ein Meter tief, und trotzdem ist die Kuh ertrunken.« Wir stellen also fest, dass der Bund der Steuerzahler zwar Prozentrechnung kennt, aber leider nicht die Lebenswirklichkeit. Sonst wäre ihm nicht entgangen, dass es »1,9 Personen« nun mal real nicht geben kann – sondern eben nur ein oder zwei Personen. Soll man jetzt eine Person, die zufällig in einer Zwei-Zimmer-Wohnung lebt, mit jemandem zwangsverheiraten, der dringend eine Wohnung sucht?

Im richtigen Leben entpuppt sich der »Durchschnitt« als jede Menge Menschen mit unterschiedlichen Lebensformen und auch verfügbaren Einkommen: Singles, kinderlose Paare, WGs, mehrköpfige Familien, die in viel zu kleinen Wohnungen hausen müssen, Rentner, die aus zu groß gewordenen Wohnungen nicht rauskönnen, Reiche, die in Berlin nur einen Koffer in einem geräumigen Zweitwohnsitz haben etc. pp. Und die »Quadratmeter Wohnfläche« sind keine beliebig teilbare Baumasse, sondern: Mietwohnungen in sehr unterschiedlichen Größen und Schnitten, luxuriös bemessene Eigentumswohnungen, Einfamilien- und Doppelhäuschen, jämmerliche Bruchbuden, heimliche Ferienwohnungen oder Karnickelställe, die teuer an Studenten vermietet werden.

Deshalb funktioniert das mit dem Durchschnitt nicht so richtig.

Oder schlägt uns der Bund der Steuerzahler hier durch die Blume gar eine radikale Umverteilung vor, etwa nach dem Vorbild russischer »Kommunalkas«, Wohnheiten, in die die Stadt unterschiedlichste Menschen gemeinsam einquartiert? Enteignung und eine radikale kommunale Umverteilung von Wohnraum, gleiche Quadratmeterzahl für alle? Das wäre ja ... Kommunismus! Donnerwetter – das hätten wir dem »Bund der Steuerzahler«, der ja gemeinhin eher als Interessenvertretung der FDP-Klientel gilt, gar nicht zugetraut. us